

Eberhard-Schultz-Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation  
Eberhard Schultz  
Greifswalder Str. 4  
10405 Berlin

per E-Mail: [info@sozialemenschenrechtsstiftung.org](mailto:info@sozialemenschenrechtsstiftung.org)

Berlin, den  
**DIE LINKE Antwort Wahlprüfstein**

*Welche konkreten Schritte unternehmen Sie, um die längst überfällige Ratifikation des Zusatzprotokolls zum völkerrechtlich verbindlichen UN-Sozialpakt von 1966 sicherzustellen, damit endlich auch Individualbeschwerden an den UN-Ausschuss möglich werden?*

DIE LINKE setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, dass das Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt endlich ratifiziert werden kann. Unsere Bundestagsfraktion hat bereits mehrmals einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung gefordert, zuletzt in dem Antrag "Fakultativprotokoll zum UN-Sozialpakt umgehend ratifizieren" (19/29959) vom Mai 2021. Darin kritisieren wir, dass die Bundesregierung entgegen dem Versprechen im Koalitionsvertrag nicht gehandelt hat und fordern sie auf, das schleunigst nachzuholen, das Protokoll zu unterzeichnen und dem Bundestag zur Ratifizierung vorzulegen. Selbstverständlich werden wir dieses Ziel auch in der künftigen Wahlperiode weiterverfolgen.

*Welche Schritte unternehmen Sie, um das soziale Menschenrecht auf angemessenen Wohnraum für alle zu bezahlbaren Preisen als subjektives und gerichtlich durchsetzbares Recht sowie auch als Grundrecht im Grundgesetz zu verankern?*

DIE LINKE fordert seit Jahren ein individuell einklagbares Recht auf Wohnen im Grundgesetz. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundestagsfraktion haben die Koalitionsfraktionen leider erst kürzlich abgelehnt. Um das Recht auf Wohnen zu verwirklichen, wollen wir einen bundesweiten Mietendeckel einführen. So können wir die Mietenexplosion der vergangenen Jahre nicht nur bremsen, sondern beenden und rückgängig machen. Durch ein öffentliches Wohnungsbauprogramm nach Wiener Vorbild, das jährlich 15 Milliarden Euro in den sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau investiert, sollen im Jahr bis zu 250.000 Sozialwohnungen und weitere kommunale und genossenschaftliche Wohnungen entstehen oder langfristig gesichert werden. So wollen wir einen nicht-profitorientierten Wohnungssektor aufbauen, der Menschen mit geringen und durchschnittlichen Einkommen ein sicheres und bezahlbares Zuhause bietet. Zwangsräumungen in die Wohnungslosigkeit wollen wir verbieten und wohnungslose Menschen nach dem Prinzip "Housing first" mit Wohnungen versorgen.

*Sehen Sie in der Enteignung und Vergesellschaftung großer Immobilien-Unternehmen, wie es Berliner Mieter:inneninitiativen mit einem Volksbegehren durchsetzen wollen, eine legitime und wirksame Möglichkeit, die Profitexplosion am Wohnungsmarkt zu begrenzen?*

Ja. Seit vielen Jahren gehören die großen Wohnungskonzerne, deren Bestände sich überwiegend aus den privatisierten öffentlichen und den ehemals gemeinnützigen Wohnungen zusammensetzen, zu den

Triebkräften von Mietpreissteigerungen und Verdrängung. Deshalb unterstützen wir die Berliner Initiative zur Enteignung und Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne. Mit einem Vergesellschaftungsgesetz wollen wir auch bundesweit die Möglichkeit verbessern, Wohnungen, Grund und Boden großer Wohnungsgesellschaften in öffentliches Eigentum zu überführen. Zusätzlich wollen wir einen Rekommunalisierungsfonds aufsetzen, um Länder und Kommunen beim Ankauf oder der Vergesellschaftung von Grundstücken und Wohnungen zu unterstützen. Doch auch grundsätzlich müssen Mindeststandards für die Bewirtschaftung von Wohnraum gelten. Mit einem neuen Wohnungswirtschaftsgesetz wollen wir Instandsetzungspflichten und eine Mieter:innenmitbestimmung durchsetzen und damit zusätzlich finanzmarktorientierte, rein auf Gewinnmaximierung angelegte Geschäftsmodelle zurückdrängen.

*Was unternehmen Sie, um den strukturellen und institutionellen Rassismus in den Behörden, insbesondere Bundeswehr, Polizei, Nachrichtendiensten und Ausländerbehörden, aber auch in Bildungseinrichtungen und der Justiz wissenschaftlich untersuchen zu lassen und wirksam zu bekämpfen?*

DIE LINKE fordert eine Demokratisierung der Sicherheitsbehörden. Es braucht eine wissenschaftliche Untersuchung extrem rechter Einstellungen und rassistischer Praktiken bei Polizei und Bundeswehr. Gegen Rassismus und Korpsgeist bei der Polizei sind eine unabhängige Beschwerde- und Ermittlungsstelle auf Bundesebene, eine Kennzeichnungspflicht, eine Überarbeitung der Ausbildung sowie Rotationsmodelle für geschlossene Einheiten nötig. Rassistische, antisemitische, homo- und transfeindliche, sowie sexistische Ansichten müssen auch in den Behörden aktiv bekämpft werden. Es muss eine Evaluation zur Umsetzung der Empfehlungen des ersten NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages geben, in denen Maßnahmen zur Sensibilisierung für Rassismus in Sicherheitsbehörden und Justiz gefordert wurden. Zudem wollen wir eine\*n Antirassismus-Beauftragte\*n mit echten Befugnissen.

*Wie wollen Sie - unter maßgeblicher Beteiligung der betroffenen Gruppen und ihrer Organisationen - für eine kritische Aufarbeitung und Überwindung der rassistischen Feindbilder wie die gegen Muslim:in, Jüd:innen, Roma und BIPOC sorgen?*

Zusammen mit zahlreichen Bewegungen und antirassistischen Initiativen wie Seebrücke, Aufstehen gegen Rassismus und Black Lives Matter stehen wir #unteilbar gegen soziale Spaltung, Rassismus und rechte Hetze. Antirassismus muss nach Ansicht der LINKEN ins Gesetz: Wir fordern eine grundlegende Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und ein Verbandsklagerecht. Es braucht einen Diskriminierungsschutz, der auch staatliches Handeln einbezieht. Wir fordern ein Bundesantidiskriminierungsgesetz (BADG) zum Schutz vor Diskriminierung durch staatliche Stellen. Wir wollen ein Partizipationsgesetz, um Menschen mit Rassismuserfahrung besser einzubeziehen und mehr in der Gesellschaft zu repräsentieren. Dazu gehören eine Quote, um den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in der öffentlichen Verwaltung entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung zu erhöhen, und ein Partizipationsrat, der in wichtige Entscheidungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik einbezogen wird. Hier ist es für uns zentral, dass migrantische Selbstorganisationen Teil des Partizipationsrats sind. Wir fordern, dass eine Enquetekommission eingesetzt wird, die den Bundestag bei der Umsetzung der Forderungen aus dem NSU-Ausschuss sowie dem UN-Antirassismus-Ausschuss (ICERD) berät.

*Wie wollen Sie Art. 2 des schon lange ratifizierten UN-Abkommens zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung (ICERD) erfüllen, wonach die Rechte aus dem UN-Sozialpakt in allen gesellschaftlichen Bereichen (Arbeit, Wohnung, Bildung, Gesundheitsversorgung u.a.) sicher zu stellen sind?*

Mit der Unterzeichnung des UN-Sozialpakts hat sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, allen Menschen diskriminierungsfrei alle sozialen Rechte zu garantieren. Dies geht über formale Gleichberechtigung hinaus: Es geht um die Gewährleistung gleicher Möglichkeiten zur tatsächlichen Ausübung von Menschenrechten. Daraus ergibt sich, dass auch indirekte Formen von Benachteiligung und struktureller Diskriminierung vom menschenrechtlichen Diskriminierungsverbot umfasst sind. In unserem Antrag (Ds 19/4561) fordern wir, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte in der Sozial-, Gesundheits-, Pflege-, Bildungs-, Wohnungs-, Geflüchteten- und Arbeitsmarktpolitik zu achten, zu schützen und zu gewährleisten und machen Vorschläge u.a. zur Überwindung von Restriktionen beim Zugang zu Beschäftigung und Ausbildung, im Bereich der sozialen Sicherung und Gesundheitsversorgung, diskriminierungsfreiem Zugang zu Wohnraum und inklusiver Bildung.

*Wie wollen Sie die Rechtsprechung des UN-Ausschusses zur Beseitigung der Rassendiskriminierung und des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte umsetzen, dass rassistische Beleidigungen und Volksverhetzung nicht durch die Meinungs- oder Pressefreiheit gerechtfertigt sein können?*

Wir wollen alle Betroffenen bei der Entwicklung, Umsetzung und Bewertung aller Maßnahmen einbeziehen. Die Rechtsentwicklung auf dem Feld der internationalen Menschenrechte durch die UN und die Rechtsprechung setzt einen Standard, der als Rahmen für regulatorische Maßnahmen zum Umgang mit Hassrede von Regierungen, aber auch Unternehmen zum Schutz der Menschenrechte beachtet werden muss. Neben nationaler Regulierung und Rechtsdurchsetzung müssen weitere Maßnahmen wie Monitoring von Hassrede, Beratung und Gegenrede ergriffen oder gefördert werden.

*Wie wollen Sie für die Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen für von Rassismus Betroffene in allen gesellschaftlichen Bereichen sorgen?*

DIE LINKE fordert eine/n Rassismusbeauftragte/n für den Kampf gegen alle Formen des Rassismus zu schaffen, der insbesondere auch Maßnahmen der Bundesregierung ressortübergreifend koordiniert. Für den Bereich der Polizei fordern wir unabhängige Beschwerdestellen, die mit weitgehenden Kompetenzen ausgestattet werden müssen. Mit einer grundlegenden Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und einem Verbandsklagerecht wollen wir unabhängigen Beschwerdestellen die Möglichkeit eröffnen, auf allen Ebenen zusammen mit den Betroffenen aktiv zu werden.